

Rettet Gold mein Vermögen in die Zeit nach der Corona-Krise?

Glanz und Elend

Die politische Reaktion auf den Coronavirus trifft die Wirtschaft ins Mark. Auf der Angebotsseite werden Lieferketten unterbrochen und die Produktion eingestellt. Gleichzeitig bricht die Nachfrage vor allem nach Dienstleistungen ein. Covid-19 ist nur der Auslöser der riesigen Wirtschaftskrise. Er trifft auf eine verletzte Wirtschaft, die „just in time“ produziert, kaum Liquiditätsreserven besitzt und hoch verschuldet ist.

In einem Fiatgeldsystem mit künstlich niedrigen Zinsen und langfristig steigenden Preisen besteht ein Anreiz, sich hoch zu verschulden. Unternehmen, die sich diesem Druck widersetzen, können gegenüber höher verschuldeten Firmen bei der Eigenkapitalrendite nicht mithalten. Bürger erwerben Vermögenswerte auf Kredit, dessen Rückzahlung durch die Geldentwertung im Zeitverlauf erleichtert wird. Es entstehen geldpolitisch einfache Blasen bei Immobilien, Aktien und Anleihen. Zudem hat die Niedrigzinspolitik Zombiunternehmen das Leben erhalten und Fehlinvestitionen finanziert, etwa in der Bauwirtschaft.

Wenn in einer derart fragilen Wirtschaft Schuldner wegbrechen, kommt es zu einem Dominoeffekt. Firmen gehen pleite, weil sie wegen Corona monatelang kaum Einnahmen haben und gleichzeitig Löhne, Mieten und Kredite zahlen müssen. Das bedeutet Kredit- und Zahlungsausfälle für andere Unternehmen, die ebenfalls fallen. Die Arbeitslosigkeit steigt, was zu privaten Kreditausfällen

führt. Banken erleiden Verluste und müssen ihre Kredite einschränken. Die Geldmenge schrumpft tendenziell. Wenn in der Folge Preise fallen, wird es noch schwieriger, Kredite zu bedienen. Gleichzeitig fallen die Vermögenswerte, welche viele Kredite besichern. Alles wird verkauft. Die Abwärtsspirale aus Pleiten und Kreditrestriktionen beschleunigt sich, Banken gehen in die Knie.

In dem Szenario der Pleitenspirale bieten nur Vermögenswerte Schutz, die kein Ausfallrisiko haben: Physisches

Gold und mit Abstrichen Silber sind Krisenmetalle. Sie können selbst nicht pleite gehen. Es gibt aber noch ein weiteres Szenario, denn die Staaten und Zentralbanken stemmen sich weltweit gegen die Abwärtsspirale, geben Kreditlinien und subventionieren Unternehmen. Auch die Löcher in den Bankbilanzen werden sie zu stopfen versuchen, wozu sie Banken verstaatlichen. Die Sozialausgaben werden steigen, Steuereinnahmen wegbrechen, die Rettungsmaßnahmen Unsummen verschlingen.

Die Zentralbanken werden das mit neuem Geld finanzieren. Die Staatsverschuldung wird emporschnellen. Das Vertrauen in den Euro und das Papiergeldsystem an sich ist dann zerstört. Wer dann physisches Gold besitzt, kann seinen persönlichen Schaden begrenzen; die allgemeine Verarmung der Gesellschaft ist damit freilich nicht aufzuhalten.

Prof. Dr. Philipp Bagus lehrt VWL an der Universität Rey Juan Carlos in Madrid.



VON PHILIPP BAGUS

»Die Zentralbanken werden die Rettungsmaßnahme mit neuem Geld finanzieren.«

„Wir können klimaneutral leben“

Wirtschaftspolitik: Wenige Sachverständige als Dauergäste in ARD und ZDF / Alles Dudenhöfner?

Claudia Kemfert zu Gast in der ZDF-Sendung „Markus Lanz“: Auch umstrittene DIW-Experten genießen eine hohe mediale Präsenz

DIRK MEYER

Die Rheinische Post nannte die drei Professoren kürzlich „Das virologische Terzett“: Christian Drost (Charité Berlin), Hendrik Streeck (Uni Bonn) und Alexander Kekulé (Uni Halle-Wittenberg), Urenkel von August Kekulé, dem Nestor der organischen Chemie in Deutschland. Angesichts der Corona-Pandemie sind die drei Professoren seit Wochen medial präsent und ihre Expertise ist auch bei Bundesgesundheitsminister Jens Spahn gefragt. Denn als Bankkaufmann und Politologe kann der CDU-Politiker – anders als die Amtskollegen Olivier Véran (Frankreich) oder Łukasz Szumowski (Polen) – nicht auf eigenes medizinisches Fachwissen zurückgreifen.

Pawlowsche Reflexe bei den Modethemen

Aber schon lange vor Covid-19 sind zu bestimmten Themen in deutschen Nachrichten- und Talksendungen meist dieselben Gesichter zu sehen: Marcel Fratzscher (DIW Berlin, EZB-nah, Verteilungsgerechtigkeit), Claudia Kemfert (DIW Berlin, Energiewende), Ottmar Edenhofer (PIK, Klimawandel) oder Everhard Holtmann (ZSH, Krise der Demokratie). Hans-Werner Sinn wurde inzwischen von seinem Münchner Ifo-Nachfolger Clemens Fuest (LMU, Marktwirtschaft) der Rang abgelassen, und statt dem 75-jährigen Hajo Funke (OSI Berlin) wurde gefühlt der 34-jährige Matthias Quent (IDZ Jena/Amadeu-Antonio-Stiftung) beim Thema Rechts-Extremismus zum neuen Dauerexperten.

Wenn es ums Thema Auto geht, dann hat Ferdinand Dudenhöfner (Uni Duisburg-Essen) quasi Dauerrecht. Als würde in den Redaktionen gemäß des Pawlowschen Reflexes zu einem bestimmten Thema immer nur ein bestimmter Name als Interviewpartner

aufpoppen. Wie begründen die Nachrichtenredaktionen die Auswahl ihrer Gesprächspartner? Während das ZDF auf Anfrage eine Antwort schuldig blieb, soll bei den Tagesthemen (ARD) „die Frage der Fachkompetenz entscheidend“ sein. Zudem sei es wichtig, „ob es dem Interviewten gelingt, seine ‚Botschaft‘ prägnant auszudrücken.“

Professoralen Sachverstand in verständliche Worte zu fassen, das ist der mediale Idealtyp. Doch diesen Hochschullehrertyp scheint es eher selten zu geben. Zwar stehen alle Wirtschaftsprofessoren in der FAZ-Rangliste der einflussreichsten Ökonomen Deutschlands 2018/19 recht weit oben. Diese unterscheidet nach den Kriterien Wissenschaft, Politikberatung, Medienpräsenz und Social Media.

Und selbstverständlich ist die Medienpräsenz der Dauergäste von ARD, ZDF & Co. in dieser Liste recht ausgeprägt. So holt Autopapst Dudenhöfner („Der Diesel ist tot“) seine „Einflusspunkte“ fast ausschließlich aus seiner gefühlten Medienstärke – also eigentlich ein Zirkelschluss: Wer medial präsent ist, wird wieder eingeladen. Das Kriterium „Wissenschaft“ ist zudem zweideutig. Es beruht auf der Anzahl der namentlichen Nennungen von Kollegen in Veröffentlichungen, die auf der Basis von 190.000 Büchern und 23.000 Zeitschriften der vergangenen Jahre ermittelt wird.

Was nicht automatisch bedeutet, daß der zitierte Autor immer anerkennend erwähnt werden muß. Beispielsweise wurden Marcel Fratzscher sowohl als Forscher (Flüchtlingsstudie 2015) wie auch als DIW-Leiter (Studie zur Entwicklung der Mittelschicht in Deutschland 2016; Ablehnung des Projektes „Digitalisierung der Finanzmärkte“ durch die Leibniz-Gemeinschaft) gravierende fachliche Mängel vorgeworfen. Die Selbstvermarktung über die eigene Homepage, Twitter & Co. sowie Redner-Agenturen scheint obligatorisch und erzeugt zusätzliche mediale Professionalität – nur wer wahrgenommen wird, hat

etwas zu sagen. Der Umkehrschluß gilt nicht in jedem Fall.

Beispiel Claudia Kemfert: Als Professorin für Energieökonomik und Nachhaltigkeit (Hertie School of Governance/Berlin) und DIW-Abteilungsleiterin für Energie, Verkehr, Umwelt genießt sie hohe mediale Aufmerksamkeit. Spätestens seit ihrem Beitrag „Energiewende – Mythen reloaded“ in der Zeitschrift Capital (11/19) steht sie aber unter fachlich ausgewiesenen Kollegen in der Kritik.

Kemferts vermeintlich grünes Credo wird gleich zu Beginn deutlich: „Manche Mythen halten sich hartnäckig: Die Energiewende sei zu teuer, Öko-Strom zu zappelig, die Sonne zu schwach, der Wind zu still, der Speicher zu knapp und das Netz zu löchrig. So etwa klingt das Klage-Stakkato der Energiewendegegner.“

Weltanschauliche Lager und Schubladendenken

Bereits 2008 machte sie mit der Behauptung Schlagzeilen: „Wir können klimaneutral leben. Wenn wir wollen, sofort! Und das für etwa 70 Cent pro Tag und Person.“ Ihre einfache Rechnung: 10,4 Tonnen pro Jahr als Durchschnitts-CO₂-Ausstoß pro Einwohner multipliziert mit dem Preis für CO₂-Emissionsrechte von 23 Euro pro Tonne geteilt durch 365 Tage macht 66 Cent. Aktualisiert auf heutige Werte ergeben sich 59 Cent.

Dabei wird dem ahnungslosen Leser nicht nur verschwiegen, daß der CO₂-Preis politisch beeinflusst ist. Denn je mehr Emissionsrechte ausgegeben werden, desto niedriger der Preis bei gegebener Nachfrage. Zur Hälfte unterschlagen werden auch die Fördermittel des Ökostroms gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Dem Stromkunden werden jährlich etwa 25 Milliarden Euro berechnet. Genannt wird nur die feste Einspeisevergütung (11,7 Milliarden Euro), nicht aber die Vergütungen nach dem Marktprämi-

modell (13,9 Milliarden Euro) als Differenz zwischen dem Großhandelspreis für Strom und der anlagenspezifischen Förderhöhe bei Direktvermarktung des Ökostroms.

Schließlich haben diese Einsparungen keinerlei Auswirkungen auf den EU- und weltweiten CO₂-Ausstoß. Zum einen laufen EEG und EU-Emissionshandel (ETS) parallel – was das EEG einspart, wird an Emissionsrechten für andere Europäer frei und senkt den Preis der Emissionsrechte. Zudem werden im ETS-Handelssektor nur etwa 45 Prozent der europäischen CO₂-Emissionen erfaßt. Auch Öl, das hierzulande nicht verbraucht wird, senkt die weltweite Nachfrage und verbilligt den Ölpreis bei bestehendem Angebot für andere Nutzer. Last but not least: Die Sektoren Verkehr, Landwirtschaft und Wohnen werden durch teure CO₂-Vermeidungsaufgaben reguliert, die in keiner Kostenaufstellung berücksichtigt werden. Dies als Seminararbeit abgegeben hieße: Nicht ausreichend!

Einseitig, unausgewogen und teilweise sachlich angreifbar: Ob die Medien generell und die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten mit dieser Praxis einer demokratisch-konstruktiven Debatte dienen, sei dahingestellt. Denn die offensichtliche Zuordnung der „alten Bekannten“ zu weltanschaulichen Lagern könnte den Zuschauer in seiner gefestigten Ansicht lediglich bestätigen, ein Schubladendenken befördern und im Zweifel „alternativen Fakten“ Vorschub leisten. Mehr Vielfalt könnte inspirierend wirken. Beim „virologischen Terzett“ scheint das immerhin gegeben: Die drei Professoren bieten ein größeres Meinungsspektrum als etwa bei der Energiewende in den Leitmedien präsentiert wird.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Sein neues Buch „Europäische Union und Währungsunion in der Dauerkrise“ (Springer Verlag 2019) zeigt Analysen und Konzepte für einen Neuanfang auf.

Sollen Kinderlose einen höheren Rentenbeitrag zahlen?

Die Richtung stimmt

Von Jörg Fischer

Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) hat Börsencrashes überlebt und sogar die Wiedervereinigung mitfinanziert. Trotz Corona-Krise kommen zu den durchschnittlich 1.323 Euro netto in NRW oder den 1.102 Euro in Thüringen ab Juli etwa 43 Euro hinzu. Und würden nicht nur 11,9, sondern wie in Österreich 14,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Renten ausgegeben, wären es einige hundert Euro mehr.

Doch die demographische Krise und die diversen Reformen sorgen dafür, daß sich künftig immer mehr Neurentner mit der Mindest- oder einer Rente auf Hartz-IV-Niveau begnügen müssen – trotz jahrzehntelanger Beitragszahlung. Die 2018 vom Bundeskabinett eingesetzte Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ empfiehlt in ihrem nun vorgelegten Bericht eine Erhöhung des GRV-Beitrags von 18,6 auf 20 bis 24 Prozent sowie „arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge“ und „Verbesserungen und Vereinbarungen im Bereich Riester“ – was

angesichts von Nullzins, der Abwicklung von Lebensversicherungen und Börsencrash wie Realsatire anmutet.

Die Junge Gruppe der Unions-Bundestagsfraktion will da nicht mitmachen: „Um die demographische Entwicklung besser im Rentensystem abzubilden, führen wir den Kinderbonus ein“, heißt es in ihrem Vorschlagspapier „Zukunftssichere Rente“. Da „für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung“ – also auch für die GRV – eine Geburtenrate von zwei Kindern je Frau nötig sei, bilde dies den „Nullpunkt“ beim GRV-Beitragsatz. Ab drei Kindern erhalte jeder Elternteil einen GRV-Rabatt von 0,5 Prozent pro Kind. „Kinderlose zahlen dagegen einen Beitragszuschlag in Höhe von einem Prozent.“ Diese aus der Pflegeversicherung entlehnte Regelung geht in die richtige Richtung. Auch in der AfD und bei Familienverbänden gibt es ähnliche Überlegungen – aber im Bundestag leider kaum Verbündete.

► verlässlicher-generationenvertrag.de

Deutsche Geschichte für junge Leser

Bestellen Sie die Bestseller von Karlheinz Weißmann!

Das Angebot gilt nur bis 30. April 2020.

Ideal für die Zeit zu Hause!

Paket ✓ Buch
✓ Poster
✓ Malbuch
19,99

Für Kinder ab 4 Jahren

Hörbuch
9,50

Puzzle
14,50

jf-buchdienst.de/deutsche-geschichte